

Wulffs erste große Rede

Mehr als ein Anti-Sarrazin



Natürlich kann man die erste große Rede des neuen Bundespräsidenten als Antwort auf Thilo Sarrazins Thesen verstehen. Doch das würde dem Intelligenz-Vererbungs-Geschwurbel des Ex-Bundesbankers zu viel der Ehre erweisen. Vielmehr tritt Christian Wulff mit seiner Bremer Rede in die Fußstapfen von Johannes Rau: Der 2006 verstorbene Alt-Bundespräsident hat bereits vor zehn Jahren in seinen Reden das angebliche „Tabu-Thema“ Integration ohne Schönfärberei und ohne Panikmache zu seinem Anliegen gemacht. Wahr ist jedoch – und da sind wir

wieder bei Sarrazin – dass jenseits der Diskussionen seither nicht genug Konkretes umgesetzt wurde. Hier liegt die große Herausforderung für den neuen Bundespräsidenten, hierin könnte das Markenzeichen seiner Amtszeit bestehen: Wulff muss unermüdlich darauf drängen, konkretes Handeln der Politik einzufordern – beispielsweise eine Kindergarten-Pflicht, die helfen könnte, Sprach-Defizite aufzufangen. Wenn es Wulff dann noch gelingt, den deutschen Muslimen wirklich das Gefühl zu vermitteln „Ich bin auch Euer Präsident“ – dann kann er ein großer Präsident werden.

KLAUS RIMPEL



Stuttgart 21: Abholzen illegal?

War die Baumfäll-Aktion im Stuttgarter Schlosspark illegal? Das Eisenbahn-Bundesamt hatte in einem Brief an die Bahn mitgeteilt, „dass sie mit den Baumfällarbeiten nicht beginnen dürfen, bevor diese konkreten Ausführungsunterlagen dem Eisenbahn-Bundesamt vorgelegt wurden“. Ein

Gutachten habe ergeben, dass zum Schutz des seltenen Juchtenkäfers einige Bäume stehen bleiben oder Käfer samt Larven umgesiedelt werden müssten. Bahn-Chef Rüdiger Grube sorgte mit der Äußerung für Empörung, es gebe kein „Widerstandsrecht gegen einen Bahnhofsbauplan“. F.: Rts

Welttierschutztag 2010

Tiere brauchen einen Anwalt



Heute am Todestag von Franz von Assisi, dem Schutzpatron der Tiere, macht der Welttierschutztag auf das Leid der gequälten Tiere aufmerksam. Leider ist es ja tatsächlich so, dass auch in Deutschland viele Tiere gequält werden. Obwohl der Tierschutz bei uns sogar im Grundgesetz verankert und zudem in zahlreichen Verordnungen geregelt ist. Leider ist es auch so, dass mit dem Anprangern dieses Leids und dem Zeigen von schrecklichen Fotos von gequälten Tieren nur einigen Wenigen geholfen werden kann. Die

Situation verbessern könnte die Erkenntnis, dass Tiere einen Anwalt brauchen. Denn wer bisher gegen Tierschutzbestimmungen verstößt, muss nur selten Sanktionen fürchten. Tiere können eben nicht selbst vor Gericht ziehen – und sie haben niemanden, der es für sie tun darf. Tierschutzverbände machen sich daher für das Verbandsklagerecht stark. Die Tierschutz-Verbandsklage schafft kein neues Tierschutzrecht, sondern hilft, bereits geltende Vorschriften durchzusetzen. Damit es weniger Tierleid gibt.

SUSANNE STOCKMANN

Bremer Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit

„Der Islam gehört zu Deutschland“

Es war die erste große Rede Christian Wulffs in seiner neuen Rolle als Bundespräsident: Beim zentralen Festakt zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit erinnerte er in Bremen an die geschichtlichen Vorgänge, die die Wiedervereinigung erst ermöglichten, äußerte sich aber vor allem zur immer noch andauernden Integrationsdebatte. Das Echo

auf Wulffs Rede war überwiegend positiv. Kanzlerin Angela Merkel meinte, die Rede sei „ein guter Auftrag für uns, die heute Politik machen“. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte: „Ecken und Kanten waren nicht drin. Er ist einer, der ruhige, klare Worte spricht. Es war okay.“ Die tz zitiert die wichtigsten Passagen aus der „Bremer Rede“.



Die Kanzlerin (verdeckt), Christian Wulff und seine Frau Bettina unterhalten sich in Bremen mit Bürgern. Foto: dapd

„Wir sind ein Volk! Dieser Ruf der Einheit muss heute eine Einladung sein an alle, die hier leben. Eine Einladung, die nicht gegründet ist auf Beliebigkeit, sondern auf Werten, die unser Land stark gemacht haben. Mit einem so verstandenen Wir wird Zusammenhalt gelingen – zwischen denen, die erst seit Kurzem hier leben, und denen, die schon so lange einheimisch sind, dass manche vergessen haben, dass auch ihre Vorfahren von auswärts kamen. (...)“

Wenn mir deutsche Musliminnen und Muslime schreiben: „Sie sind unser Präsident“ – dann antworte ich aus vollem Herzen: Ja, natürlich bin ich Ihr Präsident! Mit der gleichen Leidenschaft und Überzeugung, mit der ich der Präsident aller Menschen bin, die hier in Deutschland leben. (...) Und weil diese Menschen uns mit diesen ausländischen Wurzeln wichtig sind, will ich nicht, dass sie verletzt werden in durchaus notwendigen Debatten. Legendenbildungen, Zementierung von Vorurteilen und Ausgrenzungen dürfen wir nicht zulassen. Das ist in unserem eigenen nationalen Interesse. Die

Zukunft – davon bin ich felsenfest überzeugt – gehört den Nationen, die offen sind für kulturelle Vielfalt, für neue Ideen und für die Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem. (...) Meine eindringliche Bitte lautet: Lassen wir uns nicht in eine falsche Konfrontation treiben. (...) Wir sind weiter, als es die derzeitige Debatte vermuten lässt: Es ist Konsens, dass man Deutschlernen muss, wenn man hier lebt. Es ist Konsens, dass in Deutschland deutsches Recht und Gesetz zu gelten haben. Für alle – wir sind ein Volk. Ja, wir haben Nachholbedarf, ich nenne nur als Beispiele: Integrations- und Sprachkurse für die ganze Familie, Unterrichtsangebote in den Muttersprachen, islamischen Religionsunterricht von hier ausgebildeten Lehrern und selbstverständlich in deutscher Sprache. Und ja, wir brauchen viel mehr Konsequenz bei der Durchsetzung von Regeln und Pflichten – etwa bei Schulschwänzern. Das gilt übrigens für alle, die in unserem Land leben. Zuerst brauchen wir aber eine klare Haltung: Ein Verständnis von Deutschland, dass Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist. Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“

„Wenn eingewanderte Familien noch nach Jahren die Landessprache nicht sprechen, werden alle Integrationsbemühungen scheitern. Bei der Versorgung aber wollen selbst jene integriert sein, die unsere Kultur ablehnen, sie sogar bekämpfen und denunzieren. Hier darf und muss der Staat Forderungen stellen, Respektierung unserer Ordnungen und unseres Rechtes erwarten und wo nötig auch durchsetzen. (...) Staatliches Handeln könnte einen Teil der Integrationsdefizite abbauen, wenn es gelänge, Kinder, die in ihren Familien ohne die deutsche Sprache aufwachsen, möglichst früh und möglichst kostengünstig in Krippen oder Kindergärten zu schicken.“



Bürgerrechtler Joachim Gauck in Berlin. Foto: dpa

Auch Gauck hielt seine Rede zur Integration

Ein Nachschlag zum Wettkampf ums Bundespräsidentenamt? Auch Joachim Gauck hielt eine Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Zwar betonte der Ex-Bundespräsidenten kandidat gleich zu Beginn seiner Ansprache vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, dies sei „heute kein Sängere Wettstreit von der Wartburg“. Aber natürlich luden die beiden Einheits-Reden zum direkten Vergleich ein – zumal Gauck wie Wulff die Integration in den Mittelpunkt stellten:

„Wenn eingewanderte Familien noch nach Jahren die Landessprache nicht sprechen, werden alle Integrationsbemühungen scheitern. Bei der Versorgung aber wollen selbst jene integriert sein, die unsere Kultur ablehnen, sie sogar bekämpfen und denunzieren. Hier darf und muss der Staat Forderungen stellen, Respektierung unserer Ordnungen und unseres Rechtes erwarten und wo nötig auch durchsetzen. (...) Staatliches Handeln könnte einen Teil der Integrationsdefizite abbauen, wenn es gelänge, Kinder, die in ihren Familien ohne die deutsche Sprache aufwachsen, möglichst früh und möglichst kostengünstig in Krippen oder Kindergärten zu schicken.“

Peter H. Ditko, Gründer und Leiter der Deutschen Rednerschule, analysiert die Wulff-Rede

Erst der Rhetorik-Papst in Deutschland: Peter H. Ditko. 1978 gründete er in Bonn die Deutsche Rednerschule vornehmlich als Aus- und Weiterbildungsstätte für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Für die tz hat er die Bremer Rede des Bundespräsidenten analysiert:

Gesamteindruck: „Wulffs Auftritt in Bremen war angekündigt als ‚Große Rede‘. Für mich war sie nur gute Hausmannskost. Ich hatte mir mehr Konkretes erwartet.“



Peter H. Ditko. Foto: Vario

Auftreten: „Zu Beginn war er sehr nervös. Aber das ist auch zu akzeptieren. Sein Vortrag aber hatte nur wenige Pausen und er kaum Bewegung im Körper. Es war kaum Dynamik drin, sehr staatstragend. Da wird es schwer, die Zuhörer zu bewegen.“

Inhalt: „Er hat versucht, zu viele Gedanken unterzubringen. Doch das ist in der Rhetorik gerade falsch: Je mehr Gedanken ich reinbringe, umso verwirrender bin ich. Dadurch gingen die Kernaussagen über den Islam und die europäische

Integration unter. Positiv war das Einstreuen persönlicher Erlebnisse.“

Wirkung: „Wulff wirkt glatt. Zudem haben wir eine geschriebene Rede gehört, die weitgehend abgelesen wurde. Die Sätze waren fürs Papier formuliert und deshalb viel zu lang. Dadurch war die Ansprache wenig authentisch und hat Wirkung gekostet. Ein Ruck, der mich gepackt hätte, war nicht da. Ich denke, Joachim Gauck hätte das Volk mehr mitgenommen.“

Entwicklungspotenzial: „Wulff kann sich rhetorisch durchaus noch verbessern. Roman Herzogs frühe Reden waren schlimm. Und dann hat er sich auch reingearbeitet.“ MPB